



**BUNDESMINISTERIUM  
FÜR ARBEIT, SOZIALES  
UND KONSUMENTENSCHUTZ**

Stubenring 1, 1010 Wien  
DVR: 0017001

**AUSKUNFT**

Mag.a Marion Preßlauer  
Tel: (01) 711 00 DW 865862  
Fax: +43 (1) 71894702355  
Marion.Presslauer@sozialministerium.at

E-Mail Antworten sind bitte unter Anführung  
der Geschäftszahl an die E-Mail Adresse  
post@sozialministerium.at zu richten.

Parlamentsdirektion  
Dr. Karl Renner Ring 3  
1017 Wien  
AT

**GZ: BMASK-57001/0015-V/B/7/2016**

Wien, 23.11.2016

**Betreff: Petition 80/PET betreffend Resolution der Marktgemeinde Walding "Abstandnahme von einer Deckelung der Mindestsicherung für Mehrkind-Familien"**

Sehr geehrte Damen und Herren!

zum Beschluss der Marktgemeinde Walding, die Bundesregierung zu ersuchen, „im Interesse des sozialen Friedens von einer Deckelung der Mindestsicherung für Mehrkindfamilien Abstand zu nehmen“, ergeht seitens des Sozialministeriums folgende Stellungnahme:

Eine kategorische, pauschale Deckelung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) bei Mehrpersonenhaushalten, die Bedürftigkeitserwägungen gänzlich unberücksichtigt lässt, wurde seitens des Sozialressorts aus verfassungsrechtlichen Erwägungen seit jeher als problematisch eingestuft.

Aufgrund von groben Auffassungsunterschieden auch in dieser Frage wurde eine Einigung über eine neue Art. 15a B-VG Vereinbarung zuletzt immer unwahrscheinlicher und damit auch das Bekenntnis der Länder, an gewissen Mindeststandards in Kernbereichen der Sozialhilfe nach wie vor festhalten zu wollen.

Um zu einen - für alle Verhandlungspartner - tragbaren Kompromiss zu kommen, der auch nach dem 1.01.2017 weitgehend harmonisierte BMS-Länderregelungen mit angemessenen Mindeststandards garantiert hätte, wurden sämtliche dem Sozialministerium zugegangenen Reformvorschläge auf ihre Auswirkungen hin kritisch überprüft.

Eine Verankerung von Leistungsbegrenzungen in der Art. 15a B-VG Vereinbarung wäre aus Sicht des Sozialministeriums jedoch ausschließlich im Rahmen eines Gesamtpakets und unter der Prämisse einer möglichst sozialverträglichen Lösung denkbar gewesen.

Eine Lösung in dieser Frage war jedoch aufgrund der gravierenden Auffassungsunterscheide der Verhandlungspartner leider nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen  
Für den Bundesminister:

Mag.a Edeltraud Glettler

*Elektronisch gefertigt.*